nr. 1 – märz /april 2019

ecke müllerstraße

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. *Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.*
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

NEUWAHL DER STADTTEIL-VERTRETUNG
28. März, 19 Uhr
ehem. BVV-Saal
Müllerstraße 147

Ch. Eckelt

KIEZMOMENT

Vom Bilderrätsel zum »Kiezmoment«

Viele unserer Leserinnen und Leser mochten das Bilderrätsel »Welche Ecke?«, das etliche Jahre auf der Seite 2 dieser Zeitung erschien. Und viele beteiligten sich rege an der Lösung des Rätsels – die Zuschriften, die wir im Laufe der Jahre erhielten, würden inzwischen mehrere dicke Aktenordner füllen. An dieser Stelle sei auch das letzte Bilderrätsel aufgelöst: Unser Foto zeigte das Dach des »Jobcenter Müllerstraße« (Müllerstraße 16). Gewonnen hat Moni Lehnert. Herzlichen Glückwunsch! Der Kinogutschein wird Ihnen per Post zugeschickt.

Nun fanden wir, dass man im Zuge der Neugestaltung der Zeitung auch hier mal etwas Neues ausprobieren könnte. Wir drehen die Sache einfach um: Künftig werden nicht mehr wir die Kiezecke fotografieren – sondern Sie! Egal, ob Gelegenheits-, Hobby- oder Profi-Fotograf: Senden Sie uns Ihr besonderes Foto aus Ihrem Kiez rund um die Müllerstraße! Das Motiv kann alles Mögliche sein: ein Lieblingsort, ein besonderer Moment, Skurriles, Komisches, Beschauliches, Verwirrendes, gern auch Historisches aus den letzten Jahrzehnten … Ihrem Blickwinkel sind keine Grenzen gesetzt! Perfektion ist kein Kriterium. Das aus unserer Sicht interessanteste Bild wird dann an dieser Stelle unter der Rubrik »Kiezmoment« veröffentlicht. Sichten Sie also Ihre Bestände, ziehen Sie los mit der Kamera und schicken Sie uns die Aufnahmen, am besten per E-Mail im jpg-Format an: eckemueller@gmx.net

Wir sind gespannt auf Ihre Bilder!

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Müllerstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.muellerstrasse-aktiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/zeitung-ecke-muellerstrasse

INHALT

Seite 3 *In eigener Sache*

Seite 4 *Anmeldeformular für die Neuwahl der Stadtteilvertretung*

Seite 5 *Neuwahl der Stadtteilvertretung am 28. März*

Seite 6 *»Evas Haltestelle« – ein Projekt für wohnungslose Frauen*

Seite 7 *StV und Verkehrsplanung*

Seiten 8/9 *Ein neuer Typ Schule – auch an der Reinickendorfer Straße*

Seite 10 *StV und öffentlicher Raum, »Tag des guten Lebens«*

Seite 11 *Sozialbericht für den Bezirk Mitte*

Seiten 12/13 *Interview mit Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel*

Seite 14 *Stadtfotografie – ohne Menschen?*

Seite 15 *Gebietsplan und Adressen*

Seite 16 *Wahlaufruf der StV »mensch.müller«*

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, eckemueller@gmx.net
Fotoredaktion:
Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Die nächste Ausgabe

der Ecke Müllerstraße erscheint Ende April. Redaktionsschluss: 22. April. Das Titelbild dieser Ausgabe zeigt die Baustelle der AOK an der Mündung der Ostender- in die Müllerstraße.

Die »Ecken« sind neu!

Wie schnell die Zeit vergeht … Ende letzten Jahres war es wieder so weit, dass der Vertrag für die Stadtteilzeitungen Ecke Müllerstraße, Ecke Turmstraße und Ecke Köpenicker von der Verwaltung neu ausgeschrieben und vergeben werden musste. Die Bewerbung von Frau Steglich und ihrer Redaktion war so überzeugend, dass die »alte Redaktion« auch die »neue« ist.
Wir freuen uns, die Zusammenarbeit in der bisher guten Art und Weise, aber auch mit neuen Akzenten fortsetzen zu können und wünschen der Crew für den Neustart alles Gute und jede Menge interessierte Leserinnen und Leser.
Natürlich hoffen wir dabei auch, dass Sie als Bewohner*innen oder an den Entwicklungen interessierte Bürger*innen gut informiert werden und den Stadterneuerungsprozess in den Gebieten aktiv begleiten können.

Reinhard Hinz, Sanierungsverwaltungsstelle (Bezirksamt Mitte)

IN EIGENER SACHE

Alles bleibt anders

Liebe Leserinnen und Leser,

dass wir mit den »Ecken« auch weiterhin die Stadtentwicklung in einigen Gebieten von Mitte begleiten dürfen, freut uns ganz besonders, weil uns in der Arbeit der vergangenen Jahre diese Quartiere und ihre Bewohner sehr ans Herz gewachsen sind.
Auch künftig wird der Verbund der »Ecken« mit drei Lokalausgaben erscheinen: Die »Ecke Müllerstraße« (Wedding), die »Ecke Turmstraße« (Moabit) sowie die »Ecke Köpenicker« (Nördliche Luisenstadt). Mit der Neuausschreibung waren jedoch auch einige Veränderungen verbunden: So werden die Zeitungen nicht mehr wie bisher mit acht, sondern mit sechs Ausgaben im Jahr erscheinen – also ca. alle zwei Monate. Im Gegenzug wird dafür jede Ausgabe 16 Seiten haben statt bisher zwölf. Die neue Erscheinungsweise hat einerseits zur Folge, dass wir zwar weniger aktuell berichten können als bisher – dafür bietet sie uns mehr Raum für die lokale Berichterstattung, für vielfältigere Themen und journalistische Formen; Raum auch für größere Fotos und eine großzügigere Gestaltung.
Die neue Erscheinungsweise war für uns ein guter Anlass, der Zeitung eine Auffrischung zu gönnen. Wir haben einiges verändert, ohne Bewährtes über den Haufen zu werfen. Die »Ecken« werden für Sie auch weiterhin erkennbar bleiben!
Die wohl wichtigste Änderung betrifft die inhaltliche Seitenstruktur. Von Anfang an gab es in den »Ecken« – so war es auch in jeder Ausschreibung vorgegeben – neben den Lokalseiten je vier Seiten für gebietsübergreifende Themen, die den gesamten Bezirk Mitte betreffen, ein »Blick über den Tellerrand« des eigenen Kiezes also. Diese Bezirksseiten sind in allen Lokalausgaben identisch. Bei manchen Lesern sorgte das mitunter für Verwirrung.
Um solche Irritationen künftig zu vermeiden, haben wir zur besseren Orientierung am oberen Seitenrand eine Kennzeichnung eingeführt. Künftig werden Sie den Bezirksteil auf den Seiten 11–14 finden. Zudem sollen Rubrikentitel (wie der »Eckensteher« für Glossen und Kommentare oder die »Leser-Ecke«)für eine klarere Struktur sorgen.
Auf der Seite 2 bietet jetzt ein Inhaltsverzeichnis einen schnellen Überblick über die Themen im Heft. Und anstelle des bisherigen Bilderrätsels sind nun in der neuen Rubrik »Kiezmoment« Ihre Fotos gefragt! Die »Bild-Ecke« als eigenständige Fotorubrik gibt es nun auf der letzten Seite. Die Gebietskarte, wichtige Kontakte, Sprechstunden und Ansprechpartner finden Sie dafür jetzt auf der vorletzten Seite.
Nun sind wir gespannt, wie der neue »Look« bei Ihnen ankommt. Schreiben Sie uns, per Mail oder per Post, wir freuen uns immer über Ihre Resonanz!

Die »Ecke«-Redaktion

Autoren gesucht!

Sie schreiben gern? Und interessieren sich für Stadtentwicklung, Lokalgeschichte, Themen wie Verkehr oder Soziales, Gewerbe oder engagierte Menschen und Projekte? Sie leben in Mitte oder anderweitig vertraut mit dem Bezirk? Sie arbeiten gern eigenständig, aber nicht einsam und brauchen auch den Austausch in einer Redaktion? Vielleicht haben Sie Lust, bei uns an den »Ecken« mitzuarbeiten. Dann melden Sie sich bei uns! Wir freuen uns über neue Autorinnen und Autoren mit frischem Blick und Neugier. Unsere Kontaktdaten finden Sie im Impressum auf S. 2.

Machen Sie mit.
Bestimmen Sie mit.
Gestalten Sie mit.

mensch.müller
Ihre Stadtteilvertretung rund um die Müllerstraße!
www.stadtteilvertretung.de

Kandidatur zur Stadtteilvertretung *mensch.müller* 2019

Stadtteilvertretung des Aktiven Zentrums (AZ) und Sanierungsgebiets Müllerstraße

Foto (freiwillig)

Name: _____

Anschrift°: _____

Telefon°: _____

E-Mail°: _____

Tätigkeit°: _____

° Nur für interne Verwendung

1) Für Einzelkandidat*innen:

Ich kandidiere für die Wahl zur Stadtteilvertretung *mensch.müller* am 28. März 2019:
Begründung (auch Mehrfachnennungen möglich):

☐ Ich wohne im AZ und Sanierungsgebiet

☐ Ich arbeite im AZ u. Sanierungsgebiet als Arbeitnehmer*in

☐ Ich bin Gewerbetreibende*r im AZ und Sanierungsgebiet

☐ Ich bin Haus-/Wohnungseigentümer*in im AZ u. San.gebiet

☐ Ich bin in einer zivilgesellschaftlichen Initiative im AZ und Sanierungsgebiet aktiv (BI, Verein, Partei, Gewerkschaft usw.)

☐ Ich bin in einer Institution/Einrichtung im AZ und Sanierungsgebiet tätig (z.B. Schule, Kita, Religionsgemeinschaft usw.)

☐ Ich frequentiere Sozialeinrichtungen und/oder Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge im AZ und Sanierungsgebiet

☐ Ich bin im Rahmen meiner Freizeitgestaltung (Kultur, Gastronomie, Konsum) regelmäßig im AZ und Sanierungsgebiet

- Ich möchte mich besonders engagieren für:
  (z.B. Verkehrsplanung, Umfeldgestaltung, Gewerbe u.a.m.) _____
- Ich stimme der Verwendung der persönlichen Daten im Zusammenhang mit der Wahl der Stadtteilvertretung zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

2) Für Initiativen, Vereine usw.:

Wir sind eine Initiative bzw. Verein, Verband, Partei, Religionsgemeinschaft, Unternehmen und delegieren unser oben genanntes Mitglied bzw. unsere*n Mitarbeiter*in in die Stadtteilvertretung *mensch.müller* (max. 1 Delegierte*r + 1 Stellvertreter*in pro Initiative, Verein, Unternehmen usw.)

Name von Initiative, Institution, Unternehmen usw.: _____

Anschrift: _____

Datum: _____ Stempel und Unterschrift: _____

Bitte bis spätestens zum 21. März 2019 (Einsendeschluss) per Post schicken an oder in Briefkasten einwerfen bei: Stadtteilvertretung *mensch.müller*, Triftstr. 2, 13353 Berlin; persönlich bei der Stadtteilvertretung abgeben (vom 18. bis 21. März 2019 täglich 18-20 Uhr in der Triftstr. 2); bei Jahn, Mack und Partner (Prozesssteuerung, Alt-Moabit 73, 10555 Berlin, muellerstrasse@jahn-mack.de); als eingescannter E-Mail-Anhang an: neuwahl@stadtteilvertretung.de; oder im Rathaus Wedding, Müllerstr. 146 (Pförtnerloge) abgeben.

Die Neuwahl der Stadtteilvertretung mensch.müller findet im ehemaligen BVV-Saal Wedding statt. Das ist der auf drei Seiten vollständig verglaste, aufgeständerte Vorbau des »Jobcenter Leopoldplatz«, in dem bis zur Bezirksfusion 2001 die BVV Wedding tagte. Der 1964–66 nach Plänen von Fritz Bornemann errichtete Saal, der mit dem Turmbau dahinter ein Ensemble bildet, gehört laut Denkmaldatenbank Berlins zu den »herausragenden Beispielen der modernen Nachkriegsarchitektur«, der »den Gedanken einer transparenten Demokratie« vermittelt.

Neuwahl der Stadtteilvertretung mensch.müller

Donnerstag 28. März, 19 Uhr, ehemaliger BVV-Saal. Müllerstraße 147

Am 28. März wird die Stadtteilvertretung mensch.müller turnusgemäß für zwei Jahre neu gewählt. Die Stadtteilvertretung ist das ehrenamtliche Bürgergremium des Sanierungsgebietes und Aktiven Zentrum Müllerstraße.

Dort dient sie als kommunikatives Bindeglied zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik. Sie soll den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, kritisch und konstruktiv ihre Ideen und Anregungen zu äußern. Die Stadtteilvertretung trifft sich regelmäßig an jedem ersten Donnerstagabend im Monat zu ihrer öffentlichen Sitzung. Dort werden Informationen ausgetauscht, Planungen vorgestellt und Beschlüsse gefasst. Stehen besondere Themen an, kommt auch mal auf Einladung ein Stadtrat, ein Fachbeamter des Bezirks oder ein beauftragter Fachplaner hinzu und stellt sich der Diskussion.

Bezirkspolitisch mit Gewicht

Die Sprecher von »mensch.müller« nehmen zudem am monatlichen »Sanierungsbeirat« teil, in dem die aktuellen Entwicklungen und Vorhaben im Sanierungsgebiet Müllerstraße direkt mit den dafür zuständigen Mitarbeitern des Bezirks, des Senats sowie des Prozessmanagers besprochen werden. Die Stadtteilvertretung entsendet auch Vertreter in Fachjurys, die in Auswahlverfahren und Wettbewerben über die Siegerentwürfe entscheiden.
Intensiven Kontakt pflegt die Stadtteilvertretung zur BVV. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung berichtet sie regelmäßig über ihre Aktivitäten. Hier kann sie auch Probleme ansprechen, die sich im Umgang mit der Verwaltung öfter mal auftun. Zudem kann sie mit ihren Stellungnahmen Einfluss auf Beschlüsse der BVV und des Bezirksamts nehmen, sie hat also auch für die Bezirkspolitik ein Gewicht. Dabei tritt sie auch direkt in die Öffentlichkeit, artikuliert Kritik oder stellt Forderungen.

Wer darf wählen, wer kandidieren?

Die Wahlordnung der Neuwahl wurde von der Stadtteilvertretung selbst ausgearbeitet und entspricht der letzten Wahl im März 2017: Wählen dürfen alle zu der Versammlung erschienenen Personen, die mindestens 16 Jahre alt sind. Gewählt werden dürfen Personen ab 16 Jahren mit persönlichem Bezug zum Aktiven Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße (Karte auf Seite 15). Man muss also nicht unbedingt im Gebiet wohnen, es reicht, wenn man dort arbeitet, sich engagiert oder einfach nur häufiger einkaufen geht. Vereine, Initiativen, Verbände, Parteien, Religionsgemeinschaften, Unternehmen usw. können zudem maximal einen Vertreter sowie einen Stellvertreter in die Stadtteilvertretung delegieren.

Kandidatenbogen: Abgabeschluss 21. März

Die Kandidatur erfolgt mittels des nebenstehenden Kandidatenbogens, man findet ihn auch online auf der Homepage der Stadtteilvertretung www.stadtteilvertretung.de, zudem ist er im Vor-Ort-Büro Triftstraße 2 oder beim Pförtner des Rathauses Wedding erhältlich. Abgabeschluss für den Kandidatenbogen ist der 21. März 2019 (Posteingang). Eingereicht werden kann der Kandidatenbogen:
– per Post (oder per Einwurf in den Briefkasten) an: »Stadtteilvertretung mensch.müller, Triftstraße 2, 13353 Berlin«;
– als eingescannter E-Mail-Anhang an: neuwahl@stadtteilvertretung.de:
– oder durch die Abgabe im Rathaus Wedding, Müllerstraße 146, beim Pförtner.

Eine Wahlkommission der amtierenden Stadtteilvertretung und der Sanierungsbeteiligten sichtet die eingereichten Bögen und hat die Möglichkeit, Kandidaturen, die den obengenannten Bedingungen nicht entsprechen, auszuschließen. Die Wahl selbst soll en bloc stattfinden: Dabei werden alle Kandidaten gleichzeitig gewählt. Die Anzahl der Mitglieder der neuen Stadtteilvertretung ist nicht begrenzt. *cs*

Ch. Eckelt

Niemand muss sich hier erklären

Evas Haltestelle ist ein wichtiger Anlaufpunkt für wohnungslose Frauen

Die Ladenräume der Müllerstraße 126 gleichen am Mittwochvormittag einem Bienenstock. Kommen und Gehen, Stimmengewirr, gemischt mit Geschirrklappern, emsige Bewegung zwischen Küche und Aufenthaltsraum, um dessen Tische vielleicht dreißig oder vierzig Frauen sitzen, das ist schwer zu sagen, denn immer wieder kommt jemand hinzu oder steht auf und verabschiedet sich. Über den Tischen hängt Kaffeeduft; Marmeladengläser, Teller mit Käse und Butter, Brotkörbe werden hin- und hergereicht.
Vorn im Büro sitzt derweil Claudia Peiter über viel Papier, laufend klingelt das Telefon, und immer wieder kommen Frauen mit Fragen oder Informationen zu ihr. Die Diplomsozialpädagogin ist als Projektleiterin verantwortlich für die soziale Einrichtung.

»Evas Haltestelle« ist eine Anlaufstelle für wohnungslose Frauen, eine der viel zu wenigen in Berlin – denn obwohl ca. ein Viertel der Obdachlosen weiblich sind, mangelt es insbesondere an spezifischen Angeboten für Frauen. Träger dieser sozialen Einrichtung ist der »Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Berlin«. Wer ein wenig das System der Obdachlosenhilfe kennt, der weiß, dass ohne die konfessionellen Träger, Wohlfahrtsvereine und vor allem die unermüdliche Arbeit vieler Ehrenamtlicher dieses System sofort zusammenbrechen würde.

»Evas Haltestelle« hatte zuvor Räume in der Weddinger Bornemannstraße, im letzten Jahr stand die schon länger geplante Sanierung des Hauses an, der Mietvertrag wurde gekündigt. Die Suche nach geeigneten und auch finanzierbaren neuen Räumen war schwierig, doch schließlich – dank eines gut funktionierenden Frauennetzwerks – erfolgreich: eine Besucherin von »Evas Haltestelle« gab schließlich den entscheidenden Tipp.
Die Notluke in der Schaufensterfront der Müllerstraße 126 deutet darauf hin, dass sich hier früher eine Apotheke befand. Die Zimmer und Flure sind verwinkelt, aber bieten genügend Räume für all die unterschiedlichen Nutzungen und Platz auch für zusätzliche Angebote. »Evas Haltestelle« ist ein niedrigschwelliges Angebot, erklärt Claudia Peiter – »alle Frauen können herkommen, ohne sich irgendwie erklären zu müssen«. Und sie kommen, nicht nur zum Mittwochsfrühstück. Sie können hier essen, sich duschen, Wäsche waschen, neue Kleidung bekommen (die kleine Kleiderkammer wird aus Spenden bestückt), Schließfächer für ihre Sachen nutzen und die Einrichtung sogar als Postadresse angeben. Zudem gibt es hier auch 20 Schlafplätze im Rahmen der Winternotübernachtung.

»Das ist jetzt viel existentieller als noch vor ein paar Jahren.«

Seit 2016 gibt es hier auch das Angebot »Intensive Beratung und Begleitung wohnungsloser Frauen«, denn Beratung beispielsweise auch beim Umgang mit Ämtern, Anträgen u.ä., ist für die Frauen, die oft auf sich allein gestellt sind, sehr wichtig.
»Viele wohnungslose Frauen hatten zuvor Stolpersteine in ihren Biografien«, erzählt die Projektleiterin. Vieles kann einen aus der Bahn werfen: häusliche Gewalterfahrungen, Trennungen, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Suchtprobleme, Schulden, Mietrückstände – und letzteres »betrifft längst nicht nur Menschen mit sozialen Problemlagen«, sagt Claudia Peiter. »Das ist jetzt viel existentieller als noch vor ein paar Jahren.« Denn der Wohnungsmarkt ist inzwischen schon unter Normal- oder Gutverdienenden hart umkämpft, »mit einem Schufa-Eintrag hat man da von vornherein keine Chance.«
Manche Frauen leben schon seit Jahren auf der Straße, andere finden auch hier und da kurz Unterschlupf bei Bekannten oder Freunden. Wohnungslose Frauen, so beobachtet es Claudia Peiter, nutzen eher informelle Netzwerke als Männer, und sie sind oft gut organisiert, wissen, an welchem Tag wo eine Suppenküche oder ähnliches stattfindet, und tauschen sich aus.
Besonders freut sich die Leiterin auch über ein neues externes Projekt bei »Evas Haltestelle«: »Housing First«, das ein Umkehrsystem erprobt. Bislang gilt die Regel, dass Wohnungslose erst einmal die wichtigsten Probleme und Angelegenheiten klären müssen, bevor ihre Wohnungssuche unterstützt wird. »Housing First« basiert auf der Überzeugung, dass es erfolgversprechender und sinnvoller ist, erst eine Wohnung als »sicheren Hafen« und Schutzraum zu haben, um dann Schritt für Schritt alle weiteren Dinge abzuarbeiten und zu regeln. Denn ohne festen Wohnsitz ist vieles sehr viel komplizierter, wenn nicht gar aussichtslos: von der Kontoführung bis zur Arbeitssuche.

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung vonSeite 7

»Evas Haltestelle« ist einer der wichtigsten Anlaufpunkte für wohnungslose Frauen in Berlin, derzeit im 24/7-Betrieb: rund um die Uhr, tagtäglich. Die Finanzierung ist fragil: die Tagesstätte ist für dieses Jahr erstmal finanziert, für 2018 übernahm das Bezirksamt Mitte eine Teilfinanzierung, vorher standen nur Eigenmittel zur Verfügung. Claudia Peiters Wünsche sind bescheiden, eine verlässliche Finanzierung wünscht sie sich – und »eine zweite Stelle«. Denn bislang ist sie die einzige Hauptamtliche hier – und das auch nur mit einer ¾-Stelle. Aber, sagt sie, hin und wieder gebe es auch mal eine Praktikantin zur Unterstützung. Und natürlich die vielen Ehrenamtlichen, ohne die es kaum zu schultern wäre. Wie Erika Gutsche, die gerade an den großen Tischen Kaffee nachschenkt, mit den Frauen redet, viele mit Namen kennt, sich auch schon einige Jahre in der Stadtteilvertretung Müllerstraße engagiert hat.

(So. Nehmen Sie sich jetzt bitte eine Minute Zeit, um diese Information zu verarbeiten: Eine einzige Frau mit einer Teilzeitstelle trägt die Verantwortung für einen Rund-um-die-Uhr-Betrieb, mit allem organisatorischen, administrativem Drum und Dran, mit den Schlafplätzen, der Kleiderkammer, der Essensversorgung, der Spenden etc. pp. Für einen Laden, der Jahr für Jahr ein wichtiger Anlaufpunkt für Hunderte Frauen in prekären Lebensverhältnissen ist, mit all ihren Sorgen, Nöten, Bedürfnissen. Denken Sie kurz daran, wenn Sie wieder die Erfolgsmeldungen über die boomende Berliner Wirtschaft und sprudelnde Steuereinnahmen lesen.)

Mit anderen reden

Am Frühstückstisch sind die Gespräche immer noch lebhaft. Vielen geht es so wie Flore, einer jungen Frau, die es aus Frankreich nach Berlin verschlagen hat und sagt, sie komme nicht nur wegen des Frühstücks, sondern vor allem wegen der Gemeinschaft, um mit anderen reden zu können. Dienstags kommt sie auch gern zum Malkurs mit Polly, einer der Ehrenamtlichen, die hier kostenlose Freizeitangebote organisieren. Polly bietet auch Polnischunterricht, den wiederum Ulla genutzt hat. Ulla, 80 Jahre, zierlich, lebhaft, sprühend vor Energie und Witz, ist selbst schon fast eine Institution. Seit fast 20 Jahren engagiert sie sich auch beim Obdachlosenprojekt »Unter Druck«, spielt dort Theater und macht Frauenfrühstücke, bei »Eva« organisiert sie in diesem Jahr eine Frauentagsfeier, mit Büffet, wie sie stolz sagt.

Doch der Tag vor diesem 8. März ist ebenfalls sehr wichtig: Am 7. März werden die neuen Räume mit den Frauen und mit Gästen offiziell eröffnet und feierlich eingeweiht. Eingeladen sind auch Bezirkspolitiker und Bezirksverordnete. Claudia Peiter hofft, dass sich viele von ihnen einen direkten Eindruck vom Projekt verschaffen: Und dass sie es weiter unterstützen. Vielleicht nicht nur mit warmen Worten.

us

Evas Haltestelle, Müllerstraße 126, Tel 462 32 79, www.offenesozialarbeit-skf.de

Engagement weiterhin erforderlich

Verkehrsplanung im Aktiven Zentrum

Fertige Baupläne schlummern schon seit vielen Jahren in den Schubladen, doch auf einem großen Teil der Müllerstraße lässt ein Fahrradstreifen weiter auf sich warten. Denn um genug Platz für ihn zu gewinnen, muss der Mittelstreifen verkleinert werden. Die finanziellen Mittel für diese Baumaßnahme stehen schon lange bereit, müssen aber Jahr für Jahr umgeschichtet werden, weil immer irgendetwas dazwischen kommt. Derzeit verhindert z.B. die BVG den Beginn der Baumaßnahmen, da erst noch die Tunnel der U-Bahn unter der Müllerstraße abgedichtet werden sollen. Ob es anschließend soweit ist, weiß man aber auch nicht so genau, denn inzwischen prüft der Senat, ob die inzwischen acht Jahre alten Planungen noch den aktuellen Ansprüchen des Mobilitätsgesetzes genügen. Die Stadtteilvertretung mensch.müller kann also möglicherweise noch einmal ihre Vorstellungen einbringen, zum Beispiel eine zusätzliche Ampel zwischen Leopoldplatz und neuem Rathausumfeld.
Viel zu tun gibt es auch im Nebenstraßenbereich. Zwar liegen z.B. für den Brüsseler Kiez und den Sprengelkiez inzwischen ausgearbeitete Verkehrskonzepte vor, an deren Erstellung auch die Stadtteilvertretung beteiligt war. Die Umsetzung wird allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen, vor allem die personelle Ausstattung des Straßen- und Grünflächenamtes bestimmt hier das Tempo. Auch in Zukunft braucht die Stadtteilvertretung mensch.müller also engagierte Anwohnerinnen und Anwohner, die ihre lokale Kompetenz einbringen. Denn die Details, die auf den »letzten Metern« des Planungsprozesses noch entschieden werden, sind ja für die Nutzer der Straßenräume später oft entscheidend.

cs

Ch. Eckelt

Bruno Fioretti Marquez Architekten

Ein neuer Typ Schule

An der Reinickendorfer Straße soll eine neue Grundschule entstehen

Sehr zügig will der Senat in den kommenden Jahren den Neubau von elf neuen Grundschulen vorantreiben – darunter auch an der Reinickendorfer Straße an der Ecke zur Seestraße. Schon im Jahr 2022 könnten dort erste Schülerinnen und Schüler eingeschult werden und die übervollen Grundschulen im Wedding damit entlasten – wenn alles glatt geht und wenn der Flächenkonflikt mit dem benachbarten »Schul-Umwelt-Zentrum Mitte« geklärt ist. Die vierzügige Grundschule soll mit einem völlig neuen Raumkonzept als »Typenbau« entstehen, das Ergebnis des Realisierungswettbewerbs wurde jetzt vorgestellt.

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher (Linke) zeigte sich auf der Pressekonferenz am 30. Januar sehr zufrieden mit der Qualität der vorgelegten Entwürfe. Insgesamt 15 Büros waren aufgefordert worden, Vorschläge sowohl für einen drei- als auch für einen vierzügigen Grundschultyp zu entwickeln. Dreizügige Grundschulen sollen zunächst an fünf Standorten in Berlin errichtet werden, vierzügige an weiteren sechs. Zu letzteren gehören auch zwei im Bezirk Mitte: neben der Reinickendorfer Straße auch an der Adalbertstraße an der Grenze zu Kreuzberg. Möglicherweise erweitern sich die Aufträge um weitere Schulneubauten, für die gegenwärtig noch Standorte gesucht werden.

Da sich die Typenbauten in »modularer Bauweise« so weit wie möglich industriell vorgefertigter Teile bedienen, erhofft sich die Senatorin Impulse für die Bauwirtschaft in unserer Region – zumal man durchaus davon ausgehen kann, dass auch der kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbau in Berlin und Brandenburg immer »modularer« wird. Gleichzeitig erwartet der Senat auch preisliche Vorteile, vor allem aber eine deutlich schnellere Umsetzung als bei konventioneller Bauweise: schon die Genehmigungsphase verkürzt sich. Denn für Schulbauten gelten kompliziertere Vorschriften als für den üblichen Wohnungs- und Gewerbebau, und da in den letzten Jahrzehnten kaum irgendwo neue Schulen gebaut wurden, sind die Bezirke auf solche Aufgaben schlicht nicht vorbereitet.

Neues Raumkonzept: die »Lernhäuser«

Dennoch müssen die Schulen nicht völlig gleichförmig sein. Der Sieger des Wettbewerbs für vierzügige Schulen schlägt vor, das Material und die Farbe der Brüstungselemente an die jeweilige Umgebung anzupassen. Und das in zwei Varianten: einmal mit fünfgeschossigem Basisbaukörper für hochverdichtete Quartiere wie Mitte oder Wedding und einmal in einer viergeschossigen Variante, die aber um einen zweigeschossigen Anbau erweitert ist, für die äußeren Stadtgebiete. Ähnlich ist Berlin übrigens auch in der Gründerzeit vorgegangen: Die meisten Altbauschulen vom Ende des 19. und vom Beginn des 20. Jahrhunderts könnte man auch als Typenbauten bezeichnen, die im Büro des damaligen Stadtbaurates Ludwig Hoffmann sozusagen am Fließband entwickelt worden waren.

Von ihnen und von den Plattenbauschulen der DDR unterscheiden sich die im Wettbewerb vorgelegten Entwürfe jedoch erheblich. Nicht nur weil variable Raumhöhen gefordert waren, damit in den großen Mehrzweckräumen im Erdgeschoss, in denen u.a. die Mensa untergebracht ist, keine Bunkeratmosphäre entsteht. Sondern vor allem, weil ihnen ein völlig neues Raumkonzept zugrunde liegt. Die Aufgabenstellung für die Architekturbüros bezog sich auf das neue Berliner Musterraumprogramm für Grundschulen, dass die Klassen- und Teilungsräume in sogenannten »Compartments« zusammenfasst: Die Schulen unterteilen sich in drei bzw. vier »Team- und Lernhäuser«, deren Lernräume sich um jeweils zwei »Foren« herum gruppieren, die für verschiedenste Aktivitäten nutzbar sind. Damit erleichtern die neuen Schulbauten positive gruppendynamische Prozesse in den altersgemischten Lernhäusern. Wer »Harry Potter« gelesen hat mag sich an das Zauberer-Internat Hogwarts erinnern: »Fünf Punkte für Gryffindor!«

Radikal klares und einfaches Konstruktionsprinzip

Aber auch die klassische Anordnung der Klassenräume entlang langer Fluren ist passé, und damit stellen sich natürlich ganz neue Anforderungen an die Architektur der Schulgebäude. Der für die Reinickendorfer Straße maßgebliche Siegerentwurf des Kreuzberger Büros »Bruno Fioretti Marquez Architekten« überzeugte unter anderem, weil bei ihm alle Räume einschließlich der »Foren« ausreichend mit Tageslicht versorgt sind. Gefallen hat der Jury auch die Verbindung von Schule und Doppel-Sporthalle die räumlich voneinander separiert sind, aber gestalterisch aufeinander Bezug nehmen und sich um einen gemeinsamen Vorplatz anordnen, der die Verbindung mit dem Quartier herstellt. »So vielschichtig die gestalterische und städtebauliche Wirkungsweise des Baukörpers an dem jeweiligen Ort ist, so radikal klar, einfach und völlig gleich ist das Konstruktionsprinzip bei allen Schulen. Schlanke, immer gleich große (aber statisch optimierte) Stahl/Beton-Verbundstützen im Raster von 8,25 m aufgestellt, tragen Halbfertigteil-Flachdeckenelemente. Durch diese einfache und in allen Belangen den Erfordernissen des Brandschutzes genügende Konstruktion ist es möglich, einen konsequenten, formal hochwertigen und preiswerten Innenausbau modular möglich zu machen. Alle vorgeschlagenen Materialien wirken stimmig, bescheiden und angenehm«, so begründet die Jury ihr einstimmig gefälltes Urteil. Ob diese Entwürfe dann tatsächlich auch gebaut werden steht jedoch erst fest, wenn die Verhandlungen mit allen Preisträgern der beiden Wettbewerbe geführt worden sind.

Flächenkonflikt mit Schul-Umwelt-Zentrum

Ob der Neubau an der Reinickendorfer Straße tatsächlich schon im Jahr 2022 fertig wird, ist freilich nicht sicher. Noch stehen ja auf dem Grundstück die Gebäude des ehemaligen »Haus der Gesundheit«, das im vergangenen Sommer wegen Schimmelbefall und Baufälligkeit endgültig geschlossen wurde. Und noch ist nicht geklärt, wie die Zusammenarbeit mit dem direkt benachbarten »Schul-Umwelt-Zentrum Mitte« (SUZ) aussehen soll. Denn eigentlich ist die Fläche des Hauses der Gesundheit zu klein für eine vierzügige Grundschule und ihre Außenanlagen, weshalb ein Streifen der Fläche des SUZ in den Unterlagen des Wettbewerbs der Schulfläche zugeschlagen wurde. Zudem wurde auf Schulgarten und Gymnastikwiese verzichtet, da diese auf dem Bereich des SUZ Platz finden könnten. Dagegen regt sich Protest von den Weddinger Grundschulen und Kitas, die die Gärten des Schul-Umwelt-Zentrums in Ermangelung eigener Schulgärten pädagogisch nutzen und die jetzt Einschränkungen befürchten. In der Planskizze von Bruno Fioretti Marquez ist zwar ein kleiner Teil des nördlichen Bereichs des SUZ baulich überformt – hier ragt der Sportplatz mit seiner 50-Meter-Laufbahn auf das Gelände. Aber für einen ordentlichen Schulhof reicht der übrige Platz eigentlich nicht. Man darf gespannt sein, wie sich dieser Konflikt noch entwickelt und welche Lösungen schließlich gefunden werden. Und man denkt im Wedding dabei auch an »himmelbeet« und dessen ursprüngliche Idee eines Gemeinschaftsgartens auf dem Dach des »Schiller Park Center«. Könnte nicht auf der Sporthalle … ? *cs*

Kinder und Jugend: Die Stadtteilvertretung mischt mit

Der starke Zuzug vor allem junger Erwachsener in den Wedding hat auch die Konsequenz, dass immer mehr Kinder geboren werden oder mit ihren Eltern hierher ziehen. Kitas und Schulen sind inzwischen an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt – und überschreiten diese oftmals. Die Erweiterung bestehender Einrichtungen – wie hier im Bild die der Kita Edinburgher Straße – hat deshalb eine hohe Priorität und wird auch im Aktiven Zentrum Müllerstraße gefördert. Der Rohbau der Kita-Erweiterung ist inzwischen fertig, im Sommer sollen auch die Außenanlagen neu gestaltet werden. Auch an der Triftstraße soll eine neue Kita entstehen, dort wird derzeit der Abenteuerspielplatz TELUX erweitert, in diesem Jahr soll auch der benachbarte »kinderbunte Bauernhof« an der Luxemburger Straße an die Reihe kommen. Die Stadtteilvertretung »mensch.müller« wird in die Planung solcher Projekte einbezogen. So nehmen Vertreterinnen und Vertreter der STV an den Jurysitzungen teil, in denen über die architektonischen Entwürfe entschieden wird.

Ch. Eckelt

Öffentlicher Raum

Entscheidende Rolle der Stadtteilvertretung

Die Aufwertung der öffentlichen Räume ist eine der wichtigsten Aufgaben der Stadterneuerung im Aktiven Zentrum Müllerstraße. Dabei geht es aber nicht darum, die Gegend attraktiv fürs internationale Kapital zu machen, wie manche linksradikale Kritiker vermuten. Denn gerade Anwohner, die mit wenig Geld auskommen müssen, sind auf gut funktionierende öffentliche Räume angewiesen. Die Sportgeräte, die beispielsweise auf dem neu gestalteten Zeppelinplatz aufgestellt wurden, werden ja nicht von Millionären genutzt, sondern von jungen Menschen, die sich eben keine großen Wohnungen leisten können. Sie gehen auf Anregungen von Studierenden der Beuth-Hochschule zurück. Das Konzept für die Beleuchtung, die den Bereich auch in den Abendstunden nutzbar macht, wurde zusammen mit der Fachrichtung Veranstaltungstechnik entwickelt.
Nach dem Leopoldplatz, dem Zeppelinplatz, dem Rathausumfeld und dem Max-Josef-Metzger-Platz, der im späten Frühjahr eröffnet werden soll, steht im Gebiet Müllerstraße noch die Neugestaltung des Weddingplatzes am U-Bahnhof Reinickendorfer Straße auf der Tagesordnung. Und natürlich zahlreiche kleinere Maßnahmen im Nebenstraßenbereich, die nicht minder wichtig sind. Die Stadtteilvertretung spielt dabei vor allem bei der Organisation der Bürgerbeteiligung eine entscheidende Rolle: Da, wo sie besonders gut funktioniert hat – etwa am Zeppelinplatz – beweisen die Ergebnisse, dass der Aufwand sich lohnt. *cs*

15 Jahre Wedding-Bühnen

Vor 15 Jahren ungefähr hatte die Arbeitslosigkeit in Berlin mit einer Quote von um die 20% ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Für die Kultur scheint das aber keine so schlechte Zeit gewesen zu sein. Im Wedding jedenfalls feierten jetzt gleich zwei kulturelle Institutionen ihr 15-jähriges Jubiläum: Das Prime-Time-Theater (»Gutes Wedding Schlechtes Wedding«) machte im Soldiner Kiez seine ersten Schritte und die Lesebühne »Brauseboys« im Kiez um den Leopoldplatz. Das Prime-Time-Theater tritt inzwischen fünf Mal pro Woche im eigenen Theater an der Müllerstraße Ecke Burgsdorfstraße auf, die Brauseboys jeden Donnerstag im »La Luz« in den Osramhöfen.

Tag des Guten Lebens

Nächstes Jahr im Brüsseler Kiez ...

Ein Sonntag im Mai. Die Anwohner des Brüsseler Kiezes haben ihre Autos heute mal woanders untergebracht, zum Beispiel in einem der zahlreichen Parkhäuser der Umgebung, die ihnen an diesem Tag kostenlos zur Verfügung stehen. Der Brüsseler Kiez ist heute autofrei. Die Straßen gehören den Anwohnern, die sie mit Tischen und Stühlen in Beschlag nehmen. Es gibt Spielbereiche für Kinder: einen Rollschuhparcours zum Beispiel, ein Kinderzelt aus Decken über einer Wäscheleine, die zwischen zwei Straßenschildern aufgespannt ist, ein Planschbecken mitten auf der Straßenkreuzung. An einer anderen Stelle schneiden sich die Anwohner gegenseitig die Haare, woanders zeigen sie sich den Umgang mit orientalischen Musikinstrumenten und eine Ecke weiter sitzen die Leute und zeichnen sich gegenseitig. Allerorts reden die Nachbarn miteinander. Aber es gibt keine Stände, an denen Dinge oder Leistungen verkauft werden. Was es gibt, das kostet nichts, man bekommt es geschenkt, es ist wie in der Familie.
Heute ist »Tag des Guten Lebens« im Brüsseler Kiez.

Ein Tagtraum? Wir werden sehen. Im Brüsseler Kiez ist eine Gruppe von Menschen unterwegs, die genau so einen Tag im kommenden Jahr planen, der gleichzeitig so auch im Neuköllner Körnerkiez und im Lichtenberger Kaskelkiez stattfinden soll. Im Brüsseler Kiez haben sich schon jetzt viele Mitstreiter gefunden, die Beuth-Hochschule zum Beispiel und die Studierendenvertretung der Beuth-Hochschule, das Atze-Musiktheater, die Ernst-Scheringer-Oberschule, die Kapernaum-Gemeinde, die Bürgerinitiative Brüsseler Kiez und viele mehr. Und auch die Bezirksverordnetenversammlung Mitte hat sich hinter die Initiative gestellt und das Bezirksamt dazu aufgefordert, den Tag des Guten Lebens zu unterstützen. Als Termin kursiert derzeit der 17. Mai 2020, doch das wird vielleicht noch mal geändert, denn der 17. Mai liegt im kommenden Jahr mitten im Ramadan. Aber auch die muslimischen Nachbarn sollen ja teilnehmen und das nicht erst nach Sonnenuntergang.
Es geht um den Zusammenhalt. Der ist, Hand aufs Herz, in letzter Zeit nicht unbedingt besser geworden. Jedenfalls hört man, dass in Häusern, die von »Investoren« aufgekauft wurden, und in denen viele verschiedene Nationalitäten eher nebeneinander her als miteinander leben, sich die Hausbewohner sehr schwer tun, sich als Hausgemeinschaft zu organisieren. In Zeiten wie diesen kann das von großem Nachteil sein. *cs*

Erschreckende Altersarmut

Jeder achte Rentner in Mitte bezieht Grundsicherung

Bereits jeder achte Rentner im Bezirk Mitte ist auf Leistungen aus der Altersgrundsicherung angewiesen. Dabei konzentriert sich die Altersarmut vor allem auf die Stadtteile mit hohem Migrantenanteil. Und die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger dieser Sozialleistung wird sich weiter erhöhen.

Im Dezember 2018 veröffentlichte das Bezirksamt Mitte den Bericht »Basisdaten zur Bevölkerung und sozialen Lage im Bezirk Berlin-Mitte«, worin auch aktuelle Daten zur Altersgrundsicherung aufgeführt sind. Die Altersgrundsicherung ist vergleichbar mit dem Arbeitslosengeld 2 (»Hartz IV«), wobei die Empfänger aber nicht nachweisen müssen, dass sie sich aktiv um Arbeit bemühen. Der Regelsatz beträgt zur Zeit für Alleinstehende 424 Euro pro Monat zuzüglich »angemessener« Miet- und Heizkosten und eventuellen Mehrbedarfen zum Beispiel aufgrund einer Behinderung. Die Grundsicherung kann man beim Sozialamt beantragen, die Kosten trägt seit 2014 in vollem Umfang der Bund.

Starkes West-Ost-Gefälle

Die meisten Rentner sind in der Bezirksregion Wedding-Zentrum betroffen. Fast jeder fünfte (18,8 %) in der Altersgruppe über 65 Jahre ist dort auf sie angewiesen. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil allerdings fast überall in den beiden ehemaligen Westbezirken Wedding und Tiergarten, lediglich im »Parkviertel« nördlich der Seestraße liegt er mit 9 % zwar unter dem Durchschnitt von Mitte (12,5 %) aber immer noch deutlich höher als der Berliner Mittelwert (6,2 %). Weit weniger Rentner erhalten dagegen im ehemaligen Ostteil von Mitte Grundsicherung: in der »Südlichen Brunnenstraße« (also den Altbauquartieren rund um den Rosenthaler Platz) sind es 5,6 %, in der Region »Alexanderplatz«, die sich von der Charité bis zur Köpenicker Straße hinzieht, sogar nur 3,4 %. Auch in den Plattenbauquartieren rund um die Karl-Marx-Allee und die Heinrich-Heine-Straße, wo im Unterschied zur Rosenthaler oder Spandauer Vorstadt sehr viele ältere Menschen wohnen, liegt er durchweg unter 5 %. Die alteingesessenen Bewohner dieser Quartiere haben früher fast ausnahmslos in Ostberlin gearbeitet und dabei kontinuierlich in die Rentenversicherung eingezahlt.

Je jünger, desto prekärer

Im Westteil der Stadt war das oft anders. Brüche in der Erwerbsbiografie gab es auch vor der Wende schon häufig, zudem lange Phasen der Selbständigkeit, in der nicht in die Rentenversicherung eingezahlt wurde. Besonders betroffen sind jedoch die Zuwanderer, die einst als Gastarbeiter nach Berlin kamen, deren Arbeitsplätze jedoch im Laufe der Jahre wegfielen. Der Spezialbericht weist das nicht gesondert nach, es fällt aber auf, dass die Regionen mit den höchsten Anteilen an Grundsicherungsempfängern zugleich auch die mit dem höchsten Ausländeranteil sind. Weiterhin weisen die Daten darauf hin, dass sich in Zukunft die Anzahl der Grundsicherungsempfänger weiter erhöht. Denn in der Altersgruppe zwischen 65 und 75 Jahren ist bezirksweit schon fast jeder Sechste (16,4 %) auf die Sozialleistung angewiesen ist, bei den Über 85-Jährigen dagegen noch nicht einmal jeder Fünfzigste (1,9 %). Wer in den goldenen 1950er Jahren ins Arbeitsleben einstieg, ist heute in Mitte fast zehnmal seltener von akuter Altersarmut bedroht (oder auch nicht dazu bereit, beim Sozialamt Leistungen zu beantragen), als jemand, der – wie die meisten »Gastarbeiter« – erst in den 1970er Jahren mit der Arbeit in Deutschland begann.

Die Deindustriealisierung der 1990er

Besonders zu Buche dürften zudem die 1990er und 2000er Jahre schlagen. Denn nach der Wende brachen ja nicht nur im Ostteil der Stadt die Arbeitsplätze weg – auch Westberlin wurde in kurzer Zeit deindustrialisiert, weil die Subventionen für die Industriearbeitsplätze der Inselstadt eingestellt wurden. An den stillgelegten Fließbändern waren zuvor aber vor allem Migranten beschäftigt, die für diese Jobs aus ihren Heimatländern geholt worden waren. Deren Chancen auf eine reguläre Beschäftigung waren nach der Wende nur sehr gering – die Konkurrenz aus dem Osten war meist wesentlich besser ausgebildet und hatte zudem noch sprachlich einen klaren Vorteil. Viele arbeiteten deshalb in prekären Verhältnissen, beispielsweise in Familienbetrieben, und zahlten dabei nicht in die Rentenversicherung ein. Oder sie waren arbeitslos und sammelten in dieser Zeit nicht genug »Rentenpunkte« um jetzt den Anspruch auf eine auskömmliche Rente zu haben. *cs*

Ch. Eckelt

»Nicht über jedes Investoren-Stöckchen springen«

Ein Gespräch mit Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel

Es mangelt wahrhaftig nicht an brennenden Themen im Bezirk Mitte: Mietenexplosion, soziale Kluften, Armutsmigration, Obdachlosigkeit, Baugeschehen, die hohe Zahl von Touristen, Hotels und Ferienwohnungen, Personalnotstand im Bezirksamt usf. Doch womit geriet Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel Ende letzten Jahres in die Schlagzeilen? Mit der beiläufigen Bemerkung, er fände den Schlossnachbau ziemlich »grauslig« (womit er sicher nicht wenigen aus dem Herzen sprach). Also, Herr Bezirksbürgermeister …

…vorab: Gibt es ein Thema, über das Sie unbedingt reden möchten?
Ja. Das Schloss! (lacht).

Reden wir lieber über Armutsmigration – auch bei den Obdachlosen wächst die Zahl osteuropäischer Zuwanderer deutlich, besonders in Mitte ist das unübersehbar.
Generell nimmt die Zahl der Obdachlosen zu. Das erste Problem: Wir wissen nicht, wie viele Obdachlose tatsächlich unterwegs sind. Die seit Jahren überfällige Erhebung soll ja dieses Jahr endlich erfolgen. Das zweite Problem besteht darin, dass der Senat keine Position zu Obdachlosen ohne Leistungsansprüche hat. Das sind in Mitte schätzungsweise zwei Drittel. Einen befristeten Unterbringungsanspruch hat erst einmal jeder Mensch ohne Obdach – egal woher er kommt, und falls die Hilfeeinrichtungen voll sind, erfolgt die Unterbringung zur Not auch im Hotel. Außerdem bieten wir nach dem Sozialgesetzbuch zumindest eine zeitlich befristete Überbrückungshilfe von einem bis zu drei Monaten: mit Krankenversicherung, Unterkunft und Geld für den Lebensunterhalt. Aber obwohl wir umfassend helfen könnten, stellt leider kaum jemand solche Anträge, da man dadurch natürlich im System erfasst wird und nicht nur dauerhafte Sozialhilfeansprüche geprüft werden, sondern bei fehlender Arbeitsperspektive unter Umständen auch, ob für die Person noch die EU-Freizügigkeit besteht. Grundsätzlich muss in Mitte niemand elend auf der Straße leben und hungern.

»Berlin braucht endlich eine einheitliche Regelung«

Es gibt aber – auch in diesem Januar – Kritik bei den Räumungen von wilden Camps …
Vor große Probleme stellen uns Menschen, die kein normales Sozialverhalten zeigen, insbesondere suchtkranke Menschen aus osteuropäischen Ländern. Gewaltkonflikte oder auch extreme hygienische Zustände in einigen wilden Camps können wir nicht einfach hinnehmen. Wir gehen zwar mit Augenmaß vor, aber bei unzumutbaren Zuständen müssen wir auch eingreifen. Immer steht das Ordnungsamt vor der schwierigen Frage: Eingreifen oder nicht.
Mit dem Senat ist jetzt vereinbart, dass Ordnungs- und Sozialstadträte gemeinsam überlegen, wie wir den Menschen helfen können und wann wir ordnungsrechtlich eingreifen müssen. Einig sind wir uns, dass wir spezifische psychiatrische Hilfen für obdachlose Menschen brauchen und die Zusammenarbeit mit den zahlreichen Trägern der Straßensozialarbeit besser werden muss. Aktuell aber werden wir – trotz teilweise bestehender Kooperationsvereinbarungen – weder von Trägern über Feststellungen zum Thema Obdachlosigkeit im öffentlichen Raum informiert, noch hat das Bezirksamt bei den Trägern konkrete Ansprechpartner, an die es sich bei konkreten Problemlagen wenden kann. Oft habe ich den Eindruck, dass die Mitarbeitenden des Ordnungsamtes diejenigen sind, die regelmäßig Kontakt zu den obdachlosen Menschen haben und auf die Hilfeangebote verweisen.

Nicht wenige soziale Einrichtungen u.a. der Kälte- und Wohnungslosenhilfe stehen aber auch selbst vor existentiellen Problemen, z.B. der Kündigung der angemieteten Räume durch den Eigentümer, weil sie lukrativer vermietet werden sollen.
Das ist in der Tat ein echtes Problem, das inzwischen Größenordnungen erreicht hat. Allein in Mitte haben wir dadurch 300 Plätze verloren. Wir brauchen dringend einen Schutz für Gewerbeimmobilien. Nicht nur soziale Einrichtungen, auch viele Selbstständige und kleine Gewerbebetriebe stehen Mieterhöhungen und Kündigungen machtlos gegenüber. Sie sind aber für eine gesunde Stadtstruktur unerlässlich.

»Wir sind kein weltweites Anlagegebiet«

Was uns zum generellen Thema Mieten führt. Gerade in Mitte – wie auch in Friedrichshain-Kreuzberg – geht es ja immer öfter auch um Hausankäufe und die Ausübung des Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten.
Im letzten Jahr haben wir das Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten inzwischen dreimal zugunsten städtischer Wohnungsbaugesellschaften ausgeübt und 16 sogenannte Abwendungsvereinbarungen mit dem Eigentümer abgeschlossen, durch die Mieterinnen und Mieter umfassend vor hohen Mieterhöhungen und Luxusmodernisierung geschützt sind. Wir können aber nicht über jedes Investoren-Stöckchen springen, das uns hingehalten wird, etwa wenn das Doppelte des Verkehrswertes verlangt wird.
Wir müssen aber auch bedenken, dass Milieuschutzgebiete räumlich und zeitlich begrenzt sind. Wir brauchen also länger tragfähige Ideen für die Sicherung bezahlbaren Wohnraums. Ich persönlich wäre ja sehr für ein Verbot von Verkäufen an Immobilienfonds und/oder an ausländische Kapitalanleger. Mit solchen Eigentümern ist es auch für uns oft unmöglich, überhaupt ins Gespräch zu kommen – geschweige denn Dinge zu vereinbaren, die der Nachbarschaft gut tun und die Bewohnerschaft vor Verdrängung schützen. Andere Länder sind in dieser Frage ja durchaus rigoroser. Wir müssen nicht Anlagegebiet Nr. 1 für Immobilien sein.

Ferienwohnungen sind immer noch ein Problem, weil sie Wohnraum dem Mietmarkt entziehen. Auch andere Metropolen haben damit zu kämpfen: So will die Pariser Bürgermeisterin jetzt juristisch gegen Websites vorgehen, die dafür verantwortlich sind, dass durch illegale Touristenunterkünfte die ohnehin hohen Pariser Mieten weiter hochgetrieben und Bewohner belästigt werden. AirBnB etwa wurde auf eine Strafe von 12,5 Millionen Euro verklagt. Wie ist der aktuelle Stand in Berlin und im Bezirk Mitte?
Leider ist die Berliner Rechtslage eine andere als die französische, deswegen ist das Pariser Vorgehen nicht so leicht auf Berlin zu übertragen. Aber mich ärgert richtig, dass sich AirBnB beispielsweise der Verpflichtung zu Registriernummern entzieht. Hier müsste der Senat dringend handeln und durchsetzen, dass solche Angebote von der Plattform verschwinden. Und als ersten Schritt ermitteln, wie viele solcher illegalen Angebote eigentlich im Netz sind. Der Druck auf AirBnB und ähnliche Unternehmen muss hoch gehalten werden, auch wenn unsere eigentlichen Verwaltungsverfahren gegen die illegale Vermietung dann leider oft alle juristischen Instanzen durchlaufen.

»Wir benötigen mehr Auszubildende und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund«

Und wie sieht es derzeit mit dem Personalmangel im Bezirk aus – ist Besserung in Sicht?
Insgesamt hat das Bezirksamt Mitte derzeit mehr als 2800 Mitarbeitende. Im letzten Jahr haben wir 300 neue Leute eingestellt, dagegen haben uns 200 Mitarbeiter verlassen, inklusive jener, die in Rente gehen. Es gibt nach wie vor noch viele freie Stellen, die zu besetzen sind.
Unser großes Problem ist, dass die Verweildauer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der jeweiligen Stelle deutlich kürzer geworden ist, denn der Senat, das Land Brandenburg und erst Recht der Bund bezahlen besser. Da müssen sich auch die Gehaltsstrukturen in den Bezirken ändern, schließlich sind es die Mitarbeiter in den Bezirken, die den direkten Bürgerkontakt haben, auch in sehr existentiellen Fragen, und die damit eine große Verantwortung für unseren Staat schultern.
Wir investieren daher sehr stark in verbesserte Arbeitsbedingungen und wollen vor allem für junge Menschen noch attraktiver werden, schließlich soll sich die Buntheit in unserem Bezirk auch schrittweise in unserer Verwaltung abbilden. Wir bieten inzwischen flächendeckend Plätze für Schülerpraktika an und wollen zudem längerfristige Qualifizierungspraktika anbieten, damit sich auch junge Menschen aus bildungsfernen Haushalten erfolgreich auf Ausbildungsplätze bewerben. Unter jeder Ausschreibung steht zwar, Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht, aber leider mangelt es uns noch an Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. Aber der Wandel der Verwaltung hat ganz schön Fahrt aufgenommen und ich bin sehr zuversichtlich, dass sich in ein paar Jahren viel zum Positiven verändert hat.

Interview: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

GEGENDARSTELLUNG

In der Ausgabe Nr. 8 Dezember 2018 / Januar 2019 der Zeitung »ecke müllerstraße« behaupten sie in einem Artikel mit der Überschrift »Wenn unser Haus verkauft wird …« auf S. 7, dass das Haus Triftstraße 54 in Wedding von der schwedischen Investmentfirma »Akelius« aufgekauft wurde oder aufgekauft werden solle. Dies ist falsch. Ich habe das Haus Triftstraße 54 nicht an die schwedische Investmentfirma »Akelius« verkauft und einen solchen Verkauf auch nie geplant.

Berlin, den 22.1.2019
Dr. Reimar-Christian Rothe

Anmerkung der Redaktion:
Herr Dr. Rothe hat Recht. Tatsächlich war in dem benannten Beitrag vielmehr das Haus Triftstraße 56 gemeint, das von einem möglichen Verkauf betroffen war. Es handelte sich also hier um einen versehentlichen Tippfehler bei den Ziffern, der leider auch bei der abschließenden Korrektur nicht entdeckt wurde.
Wir stellen dies hiermit richtig und bedauern aufrichtig diesen Flüchtigkeitsfehler und etwaige dadurch entstandene Irritationen.

Für die Redaktion
Ulrike Steglich

Stadt ohne Menschen?

Was macht eine Stadt aus? Ihre Sehenswürdigkeiten, ihre Geschichte? Ihre Bausubstanz? Ihre Kulturorte, Theater, Museen, Parks? Ihre Clubs, Shoppingmeilen?
Im schottischen Glasgow, einer klassischen Arbeiterstadt, habe ich den bislang schönsten Slogan einer Stadt gesehen: Er hieß schlicht »People are Glasgow« – die Menschen sind Glasgow.
Was Stadt wirklich ausmacht, sind immer die Menschen, die in ihr leben. Menschen unterschiedlichen Alters und Geschlechts, unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Hautfarbe, unterschiedlicher Professionen, Einkommen und Bildung. Menschen, die morgens Kinder zur Kita bringen, Alte, die sich auf der Parkbank unterhalten, Menschen, die nach der Arbeit müde im Bus sitzen, die sich in Parks sonnen, Pakete oder Essen ausfahren, die die Stadt sauber halten oder sich auf Straßenfesten amüsieren, die ohne Wohnsitz oder ohne Arbeit und die ohne Sorgen … Eine Stadt wird erst durch die vielen Individuen zum lebendigen, pulsierenden Organismus.
Wir machen seit vielen Jahren Stadtzeitungen – Zeitungen für Stadtteile und für die Menschen, die in diesen Kiezen leben. Für uns sind sie das Wesentliche und das Interessanteste an unserer Arbeit. Zu einer guten Stadtzeitung gehören auch Fotos. Fotografien, die den Stadtteil in seiner Lebendigkeit und Vielfalt spiegeln, den Alltag und das Besondere, Überraschende. Stadtfotografie ist auch eine Fotografie des Augenblicks. Stadtfotografie ohne Menschen ist keine Stadtfotografie, sondern Architekturfotografie, oder Landschaftsfotografie.
Immer mal wieder blättere ich einem Bildband: »Photographie des 20. Jahrhunderts«. Einige meiner Lieblingsfotos sind darin. Der kleine Pariser Junge, der stolz zwei Flaschen Wein in seinen Armen nach Hause trägt – 1958 fotografiert von Cartier-Bresson. Oder »V-Day«, 1945 aufgenommen vom Berliner Fotografen Alfred Eisenstaedt, ein Schnappschuss: ein Marinesoldat küsst während der Siegesparade am Times Square überschwänglich eine junge Frau. Könnte man solche Bilder heute noch spontan und unbefangen machen?
Der Beginn des 20. Jahrhunderts war auch die Geburtsstunde der Stadtfotografie. Und Berlin war für Fotografen ein Eldorado. Noch in den 1990er Jahren war es unkompliziert, auf Straßen und Plätzen oder bei öffentlichen Anlässen zu fotografieren.
Mit dem Einzug des Internets als Massenmedium hat sich vieles verändert – auch die Bedingungen für die Fotografie. Der Einzug des Internet in den Alltagsgebrauch begann vor gerade mal zwanzig Jahren und veränderte die Welt ähnlich revolutionär wie die Gutenbergsche Erfindung des Bücherdrucks. Und wie jede Revolution bringt sie ganz neue Unsicherheiten und Fragen mit sich. Und viele Extreme. Die Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit verschwimmen immer mehr. Während einerseits Milliarden privater Fotos unbekümmert per Instagram und Facebook veröffentlicht werden, viele bedenkenlos persönliche Daten ins Netz einspeisen und auch die voyeuristische Gafferfotografie, etwa bei Unfällen, dank Smartphone zum Massenphänomen wird, wächst andererseits das Misstrauen gegenüber den »Datenkraken« und die Angst vor Datenmissbrauch.
Das bekommen auch unsere Zeitungen zu spüren, in allererster Linie unsere Fotografen. Das diffuse Misstrauen, die Verunsicherung unterscheidet nicht zwischen seriöser Stadtfotografie und unseriösen Methoden und Zwecken.
Etliche unserer Fotografen ziehen ihre Konsequenzen. Sie weigern sich inzwischen, auf Spielplätzen zu fotografieren, weil sie keine Lust haben, sofort unter Kinderschänder-Generalverdacht zu geraten. Sie fotografieren Menschen im öffentlichen Raum nur noch von hinten oder mit großer Unschärfe, damit man deren Gesichter nicht erkennt. Oder sie konzentrieren sich stärker auf Gegenständliches, Unpersönliches: Baustellen, Fassaden, Busse, Parks.
Die Fotografen sehen sich dazu schon aus Selbstschutz gezwungen – um sich nicht langen fruchtlosen Debatten, misstrauischen Verhören oder gar juristischen Klagen der Fotografierten auszusetzen. Diesen Einschnitt für den Fotojournalismus merkt man eben auch den Zeitungen an.
Die Gesetzgebung kann mit dem rasanten Tempo der digitalen Revolution nicht Schritt halten. Und die notwendigen Versuche, neue Regeln für den digitalen Umgang zu finden und Privatsphären zu schützen, gehen wegen mangelnder Differenzierung teilweise auch an Realitäten und den eigentlichen Zielen vorbei. Früher galten klare presserechtliche Regeln: Bei mehr als fünf Personen auf einem Foto muss man nicht mehr jeden um sein Einverständnis bitten. Das Fotografieren bei öffentlichen Veranstaltungen war weitgehend ohne Einschränkungen möglich.
Spätestens mit der neuen Datenschutzverordnung hat sich all das gravierend verändert. Grundsätzlich ist sie gut gemeint. Doch für die Stadtfotografie ist sie eher verheerend. Schnappschüsse, spontane Momentaufnahmen auf offener Straße sind so kaum noch möglich, schon wegen des allgemeinen Misstrauens.
Eine Stadtzeitung ohne wirkliche Stadtfotografie ist ein Widerspruch in sich. Und wer von uns will wirklich, wenn er in eine Zeitung schaut, Fotos ohne Menschen, ohne den Blick in Gesichter – oder Gesichter, die nur noch eine Pixelmasse sind?

Ulrike Steglich

müller/str

Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse Aktives Stadtzentrum
- Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di 9–12 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
René Plessow (030) 9018 45409
rene.plessow@ba-mitte.berlin.de
Claudia Jahns (030) 9018 45463
claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Alt Moabit 73, 10555 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Carla Schwarz (030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement
Planergemeinschaft
Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
(030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32
Gabriele Isenberg-Holm
g.isenberg@planergemeinschaft.de
Winfried Pichierri
w.pichierri@planergemeinschaft.de
www.planergemeinschaft.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de

StandortGemeinschaft Müllerstraße
c/o Steuerberatung bpw
Müllerstraße 138b, 13353 Berlin
info@muellerstrasse-wedding.de
www.muellerstrasse-wedding.de

Runder Tisch Leopoldplatz
Thorsten Haas, Präventionsrat
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-322 51

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez
Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
(030) 20 06 78 85
info@runder-tisch-sprengelkiez.de
www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding
für Bewohner der Milieuschutzgebiete Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße
Mo 10–12 Uhr, Do 16–18 Uhr
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
(030) 44 33 81-11
team-wedding@mieterberatungpb.de
www.mieterberatungpb.de

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

WAHL ZUR STADTTEIL-VERTRETUNG MÜLLERSTRASSE

28. März 2019

MACH MIT!

Kandidiere als Stadtteil-vertreter/in!*

Bầu cử ban đại diện khu phố

Ilçe seçim temsilciligi

Elección del Consejo del Barrio

Выборы в Представительство микрорайона

Wybory nowego Przedstawicielstwa Zarządu Miejskiego

Nûnertiya hilbijartinê ya navçeyê

Elezione per rappresentanza di quartiere

Élection du conseil de quartier

Election of the Neighbourhood Representation

市区代表会议选举

انتخاب ممثلی عن لمنطقه:

* In der Stadtteilvertretung des Aktiven Zentrums und Sanierungsgebiets Müllerstraße sind Anwohner/innen, Gewerbetreibende, Arbeitnehmer/innen und Vertreter/innen von Initiativen und Einrichtungen. Ihre Aufgabe ist es, gemeinsam mit Verwaltung und Politik bei der Neugestaltung und Verbesserung unseres Stadtteils mitzuwirken.

Anmeldeformulare für die Kandidatur sind im Rathaus Wedding beim Pförtner erhältlich oder auf der Seite: www.stadtteilvertretung.de. Anmeldeschluss für die Kandidatur ist der 21. März 2019

28. März 2019 | ab 19 Uhr | ehem. BVV-Saal
Müllerstraße147 | 13353 Berlin

Stadtteilvertretung *mensch.müller* | Triftstraße 2 | 13353 Berlin | Telefon: 030 34 39 47 80 | Mobil: 0174 701 35 94 | www.stadtteilvertretung.de

*Der Veranstaltungsort ist barrierefrei (Bitte am Empfang melden). Menschen mit Kommunikationshilfebedarf melden sich bitte bis zum 11. März 2019 bei Jahn, Mack & Partner (E-Mail: muellerstrasse@jahn-mack.de, Telefon: 030 / 85 75 77 28).

JAHN, MACK & PARTNER

BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN